BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Drucksache 18 / **1466**

Landtag 01. 07. 14

18. Wahlperiode

Antrag der Fraktion der CDU

"Ja" zur EEG-Reform im Bundesrat

Fraktions- und parteiübergreifend steht außer Frage, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) dringend reformiert werden muss. Die Novellierung des EEG dient zum einen der Umsetzung der, von einer breiten gesellschaftlichen und politischen Mehrheit getragenen, Energiewende und dem dafür erforderlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig ist das Ziel, verlässliche und dauerhaft bezahlbare Strompreise für private und gewerbliche Verbraucher zu erreichen.

Die Bundesregierung hat mit dem EEG-Änderungsgesetz eine schnelle und grundlegende Reform der Förderung der erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht. Diese Änderungen haben weitgehend positive Auswirkungen auf die in Bremerhaven und Bremen ansässigen Unternehmen der Offshore-Branche. Denn sie beenden die durch die Diskussion um das EEG entstandenen Unsicherheiten und schaffen Klarheit und langfristige Investitionssicherheit für die Planung, den Bau und den Betrieb weiterer Offshore-Windkraftanlagen. Damit sichert das EEG-Änderungsgesetz letztendlich auch Arbeitsplätze in Bremerhaven und Bremen.

Am 26. Juni 2014 hat der Bundestag die EEG-Novelle verabschiedet. Der Bundesrat wird in einer seiner nächsten Sitzungen über die Reform abstimmen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion erwartet vom Land Bremen eine uneingeschränkte Unterstützung dieser Reform, damit die Energiewende gelingen kann, verlässliche und dauerhaft bezahlbare Strompreise erreicht werden, der Offshore-Branche neuer Aufwind verschafft werden kann und Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven gesichert werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Reform des EEG im Bundesrat uneingeschränkt zu unterstützen, und dem EEG-Änderungsgesetz im Bundesrat zuzustimmen.

Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU